

CCS-Ausschlußgesetz von BUND gefordert

Berlin/Potsdam. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) forderte die Bundesländer auf, mit einem CCS-Ausschlußgesetz den Verzicht auf CO₂-Endlager nicht nur in ihrem Land, sondern bundesweit durchzusetzen. In Brandenburg erprobt der Energiekonzern Vattenfall die CCS-Technologie zur Abscheidung und unterirdischen Verpressung von CO₂ bei der Kohleverstromung. Das Bundeskabinett hatte den CCS-Gesetzentwurf im April beschlossen. Die Brandenburger Grünen-Landesvorsitzende Annalena Baerbock erklärte, statt für ein schwammig formuliertes Gesetz zu kämpfen, sollte die Bundesregierung einsehen, daß sich CCS zur Verlängerung der Kohleverstromung in der Öffentlichkeit nicht durchsetzen lasse. Die Risiken seien völlig unklar. Bis das Verfahren für den großtechnischen Einsatz reif sei, würden die erneuerbaren Energien längst kostengünstiger sein. (dapd/jW)
<https://www.jungewelt.de/artikel/164544.ccs-ausschluessgesetz-von-bund-gefordert.html>